



Alternativantrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Digitalpakt in Schleswig-Holstein schnellstmöglich und gut umsetzen zum Antrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Drucksache 19/1314)

Der Landtag wolle beschließen:

Es ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, die Schülerinnen und Schüler an den Schulen in Schleswig-Holstein umfassend auf die Digitalisierung in allen Lebensbereichen vorzubereiten.

Daher begrüßt der Landtag die Einigung im Vermittlungsausschuss zum Digitalpakt und bittet die Landesregierung, dem Ergebnis im Bundesrat zuzustimmen. Es ist der richtige Weg, dass der Bund die Länder und Kommunen bei der Ausstattung der Schulen in Schleswig-Holstein finanziell unterstützt. Darin sind die Schulen der dänischen Minderheit sowie die Schulen in freier Trägerschaft eingeschlossen. Die finanzielle Unterstützung gilt sowohl für die Investitionen in die Ausstattung mit IT-Systemen, in die Lehrerfortbildung als auch in die nötige Vernetzung.

Eine entsprechende Dateninfrastruktur ist für ein gelingendes Umsetzen des Digitalpaktes die technische Grundvoraussetzung. Das Land Schleswig-Holstein hat bereits in erheblichem Umfang in Glasfaseranschlüsse und WLAN-Ausstattung in Schulen investiert und wird dies weiter fortsetzen. Darüber hinaus sollen die Schulträger auch bei den Personalkosten für die Administratoren („Digitale Hausmeister“) unterstützt werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die Mittelvergabe an die Schulen auf der Grundlage der Schülerzahlen umgehend auf den Weg zu bringen. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Schulen bei der Erstellung pädagogischer und technischer

Konzepte zu unterstützen. Aus diesem Grund begrüßt der Landtag, dass die Landesregierung bereits Stellen zur Aus- und Fortbildung geschaffen hat.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene weiterhin für ein vollständiges Aufheben des sog. Kooperationsverbotes einzusetzen und den Bildungsföderalismus entsprechend weiter zu entwickeln.

Martin Habersaat
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW